

## **Noch größere Klassen, um die Defizite nach monatelang fehlendem Präsenzunterricht abzubauen?**

Sehr geehrte Frau Ministerin Schopper,

die Reaktionen der Politik auf die Pandemie sind besonders zu Lasten der Kinder und Jugendlichen gegangen. Sie saßen gezwungenermaßen zu Hause, weil die Schulen geschlossen oder im Wechselunterricht waren, während die Arbeitsstätten zumeist offenblieben. Es gibt eine Gruppe, bei denen Fernunterricht gar nicht funktioniert hat, weil Familien sie nicht unterstützen konnten, die Ausstattung fehlte oder sie vielleicht sogar die Betreuung von Geschwisterkindern übernehmen mussten. Für diese Schülerinnen und Schüler hat Bildung über viele Monate so gut wie gar nicht stattgefunden. Die Kinder sind frustriert und viele haben resigniert.

Die soziale Isolation hat gerade für Kinder und Jugendliche schwere Folgen, da sie Kontakte zu Gleichaltrigen für ihre psychosoziale Entwicklung brauchen. Sie können auch nicht einfach wie Erwachsene auf Erfahrungen zurückblicken, die über die schwere Zeit hinwegtragen können. Wir müssen jetzt darauf reagieren und die Schulen umstrukturieren, brauchen dauerhaft kleinere Klassen für mehr individuelle Zuwendung und Förderung.

Die Schulpflicht leitet sich aus unserem GG (Art 7) ab, wonach das gesamte Schulwesen unter staatlicher Aufsicht steht. Durch Beschluss hat die Landesregierung alle Schulen geschlossen und Eltern quasi „zwangsrekrutiert“, ihnen die Aufsichtspflicht für die Fernunterrichtszeiten übertragen, die vor den Schließungen durch die Lehrkräfte wahrgenommen wurde. Insbesondere berufstätige Eltern, die vor den Corona-Beschränkungen partnerschaftliche Erwerbskonstellationen hatten und Getrennterziehende standen bei der Neuorganisation der Kinderbetreuung vor großen Problemen. Neben den großen Defiziten bei der Digitalisierung in den Schulen, den auf das Notwendigste reduzierten Lerninhalten und -zielen, der fehlenden Kenntnis vieler Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit digitalen Medien und dem unzureichend gedeckten Bedarf an Lehrkräften, hat auch das bei vielen Schülerinnen und Schülern weitere Bildungsverluste verursacht.

Die Mehrzahl der Eltern ist äußerst besorgt, dass die durch die Corona-Pandemie verursachten kognitiven Defizite mit den vom KM intendierten Förderprogrammen kaum oder gar nicht aufgeholt werden können. „Lernbrücken“, bei denen die Kinder wieder nur vor Bildschirme gesetzt werden und zentral konzipierte, statt individuell zugeschnittene Aufgaben selbständig lösen müssen, können dabei nur wenig unterstützen. „Bridge the Gap“ ging an den Schulen im ländlichen Raum gänzlich vorbei und „Rückenwind“ startet wohl frühestens im November. Zudem richten sich diese Fördermaßnahmen nicht an alle

Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder Motivationsschwierigkeiten, die gerne an diesen Maßnahmen teilnehmen würden.

Als wäre diese vom Land geplante eingeschränkte Förderung nicht bereits Anlass zur Sorge genug, erhalten die Eltern nun auch noch Briefe von den Schulleitungen mit der Information, dass die Regierungspräsidien dazu auffordern, den Organisationserlass zu den Klassenteilern strikt einzuhalten. Schulen werden folglich gezwungen, kleinere Klassenverbände aufzulösen und zu Klassen mit 30 Schülern und mehr zusammenzulegen. Dieses Auseinanderreißen und Zusammenlegen von Klassen zu Großgruppen ist in jeder Hinsicht kontraproduktiv und lässt eine individuelle Förderung der Schüler weder im kognitiven noch -im gerade jetzt so wichtigen- sozial-emotionalen Bereich zu.

Größere Klassen und Sparmaßnahmen bei der Lehrereinstellung sind definitiv der falsche Weg, um geeignete Maßnahmen bei der Kompensation Corona bedingter Lernrückstände einzusetzen. Daher bitten wir Sie im Namen der Eltern, Frau Ministerin Schopper, für gute Bildung in einer sicheren Schule all Ihren Einfluss geltend zu machen, um in Zeiten der Pandemie folgenden Forderungskatalog umzusetzen:

- Rücknahme aller bereits beschlossener Sparmaßnahmen
- Orientierung und Sicherheit für die Schulen in Zeiten von Corona
  - Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Baden-Württemberg zu schul- und gesundheitspolitischen Themen für Schüler (Kinder und Jugendliche) ausschließlich nur auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen (RKI, STIKO, KBV, ...)
  - **Offenlegung der Ergebnisse der KMK-Studie zum Infektionsrisiko an Schulen**  
Studie: Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (Prof. Dr. Gérard Krause) in Braunschweig und Kinderklinik der Uniklinik Köln (Prof. Dr. Jörg Dötsch)
  - Durchgängiger Unterricht im Regelbetrieb in Präsenzform - Schulschließungen bei Auftreten von COVID-19 Fällen nur in Einzelfällen durch das Gesundheitsamt
- Verlässlichkeit und Planbarkeit für Schule und Elternhaus
  - Grundsätzliche Einbindung von Eltern und Schülern: Entscheidungsfindung im Kultusministerium zukünftig **nur in Abstimmung mit** den durch die Bildungspolitik unmittelbar Betroffenen, mit den Familien, im KM vertreten durch die dafür vorgesehenen Beratungsgremien **Landeseltern-** und **Landeschülerbeirat**
  - Qualitätssteigerung durch Transparenz und Zusammenarbeit.
- Abbau von Benachteiligung einzelner Schularten
  - Gemäß „Eckpunktepapier für den Unterrichtsbetrieb an den auf der Grundschule aufbauenden Schularten im Schuljahr 2021/2022“, kann an allen weiterführenden Schularten - außer am Gymnasium (ebenso E-Niveau an GMS) - eine Verschiebung der Lerninhalte zugunsten der Prüfungsfächer erfolgen, ohne dass die Inhalte in den Folgejahren kompensiert werden müssen. Zusätzliche Lernzeit müssen für diese Schülerinnen und Schüler geschaffen werden, damit die Defizite aus den über 600 Stunden ausgefallenen Präsenzunterricht abgebaut werden können.
  - Für die gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zum Abbau pandemiebedingter Lernrückstände wurden für Baden-Württemberg ca. 163 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, davon will die Landesregierung 100 Mio. zum Abbau von „schulischen Lernrückständen“ einsetzen und 43 Mio. für „soziale Ziele“.
  - „Schulische Lernrückstände“ gibt es nach 600 Stunden ausgefallenen Präsenzunterricht an allen Schularten, die Bundesmittel müssen entsprechend pro Kopf/Schüler gleichermaßen allen Schulen anteilig zur Verfügung gestellt werden. Eine Zweckentfremdung der Mittel bei der Verteilung, z. B. durch Bevorzugung

- einzelner Schularten und/oder Schulstandorten, ist inakzeptabel und wird von den Eltern abgelehnt.
- „Soziale Ziele“ konzentrieren sich auf Schwerpunktbereiche, hier muss in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium eine sozialindexbasierte Zuteilung erfolgen. Auch hierbei sind Landeseltern- und den Landesschülerbeirat mit einzubinden.
  - Generierung zusätzlicher Lernzeit und verbindlicher Förderangebote
    - Angesichts der Herausforderungen durch die Pandemie-Situation sind Null-Einstellungsrunden absolut inakzeptabel, wie z. B. beim Listenverfahren im RP Tübingen für die allgemeinbildenden Gymnasien. Immerhin gibt es davon über 70 Schulen im Regierungsbezirk, die in der aktuellen Situation dringend professionelle Verstärkung der Kollegien gebrauchen könnten, um Förderangebote einzurichten. Die angebliche „Übersorgung“ von Lehrkräften an den allgemeinbildenden Gymnasien von theoretisch etwa 6% auf 106 % gibt es nur auf dem Papier: Sie bezieht sich ohnehin lediglich auf den Pflichtunterricht (ohne AG, Chor, Orchester usw.) und wird bereits durch den üblichen Krankenstand bei Lehrkräften zunichte gemacht. Ferner gibt es dennoch Mangelfächer an Schulen, so dass in diesen Fächer Unterrichte regelmäßig ausfallen müssen.

Die Pandemie hat die gravierenden Defizite in der Schulpolitik offenbart. Nichts ist für den Wohlstand unserer Gesellschaft wichtiger als gute Bildung, und zwar sowohl für die breite Bevölkerung als auch für die Leistungstärksten.

*„Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung.“ (John F. Kennedy)*

Es ist jetzt die Zeit für Investitionen, um ausreichend Mittel für unsere Schulen bereit zu stellen, damit Kindern und Jugendlichen wieder ihr Recht auf Bildung vollumfänglich gewährt werden kann. Hierbei geht es nicht nur um Menschenrechte oder um einen Ausgleich für die jüngere Generation nach all den vielen Einschränkungen, es geht auch um die Zukunft unserer Gesellschaft und um den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Elternbeiräte wünschen Ihnen hierfür den erforderlichen Mut, Entschlossenheit und vor allen Dingen:

Viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen  
Stephan Ertle  
[vorsitz@arge-tuebingen.de](mailto:vorsitz@arge-tuebingen.de)

Regine Schaub  
[vorsitz-stellv@arge-tuebingen.de](mailto:vorsitz-stellv@arge-tuebingen.de)